

Alle gegen den «Islamischen Staat»: So viel Einigkeit besteht allenthalben. Mit welchen Mitteln dies geschehen soll, ist hingegen noch immer umstritten. Ins illegale Ölgeschäft der Jihadisten sind fast alle Kriegsparteien direkt oder indirekt verstrickt.

Das Geschäft mit dem Öl des Kalifen

WALTER BREHM

Ein starker Auftritt: «Die Vorwürfe, die Türkei kaufe Öl beim Islamischen Staat, sind inakzeptabel. Es ist amoralisch, einfach darüber zu sprechen, es müssen Beweise vorgelegt werden. Sollte es diese Beweise geben, werde ich nicht länger auf dem Sessel des Präsidenten bleiben.» Es war die Replik des türkischen Staatschefs Recep Tayyip Erdogan an der Pariser Klimakonferenz auf harsche Vorwürfe des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Der hatte vorgelegt: «Es gibt Satellitenbilder, die zeigen, wie Tanklastwagen Öl aus Syrien in die Türkei transportieren. Eine fahrende Pipeline bis zum Horizont.» Die Bilder aber sind umstritten.

Steine werfen aus dem Glashaus

Seit dem Abschuss eines russischen Kampfflugges durch türkische Abfangjäger herrscht harsche Rabulistik zwischen den Staatschefs beider Länder. Wobei die Vorwürfe, dass zumindest türkische Händler beim illegalen Ölschmuggel des IS die Finger im Spiel haben, nicht neu ist, aber in der aktuellen Krise zwischen Moskau und Ankara neu aufgeköchelt werden.

Es ist ein verbales Duell, in dem beide Seiten Steine werfen, aber beide Seiten auch im Glashaus sitzen. Erdogan streitet ab, dass er persönlich oder seine Familie in Ölgeschäfte mit dem IS verwickelt ist. Genüsslich verweist der türkische Präsident auf George Haswani, ein Syrer mit russischem Pass, der vom IS Öl kaufte, um es an das syrische Regime weiterzuleiten. Laut US-Quellen soll zudem auch Kirsan Iljumschinow, russischer Ex-Politiker und Präsident des Welterschachbundes, in den Ölhandel mit dem IS verwickelt sein. Das Finanzministerium in Washington ermittelt deswegen gegen beide Männer.

Das relativiert zwar Putins selbstgerecht vorgetragene Anklage gegen die Türkei, strafft sie aber noch lange nicht Lügen. Sie werden vielmehr von unverdächtigter Seite gestützt. Recherchen der britischen Zeitung «The Guardian» ergaben, dass türkische und kurdische Geschäftsleute mit mafiosem Hintergrund regelmässig mit hohen IS-Funktionären, die für den Ölhandel zuständig sind, Geschäfte abschliessen. Daraus flossen jede Woche etwa zehn Millionen US-

Dollar in die Kassen der Jihadisten. Diese IS-Funktionäre teilten der britischen Zeitung mit, «die türkischen Behörden ziehen es vor, sich nicht in unsere Geschäfte einzumischen». Dazu passt, dass im Versteck eines getöteten IS-Terroristen Informationen über Verbindungen zu türkischen Beamten gefunden wurden.

Was den Krieg am Laufen hält

Bleibt die Tatsache, dass international darüber Einigkeit besteht, dass der Ölhandel eine der drei wichtigsten Einnahmequellen des IS ist – neben dem Antiquitätenschmuggel und Steuern, die er in den von ihm kontrollierten Gebieten in Syrien und Irak einfordert. Auf bis zu 500 Millio-

nen Dollar wird der Gewinn daraus aufs Jahr hochgerechnet. Und ebenso klar ist, dass dem IS nach seinem heutigen territorialen Stand für den Export seines Öls nur der Landweg über die syrisch- oder irakisch-türkische Grenze bleibt.

Selbst wenn es gelänge, den Export zu stoppen, bliebe dem IS noch immer der ebenfalls lukrative «Binnenhandel».

Das Assad-Regime und selbst syrische Rebellen, die den IS bekämpfen, kaufen – über Mittelsmänner der Jihadisten – deren Öl. Dieser verkauft mit 20 bis 30 Dollar pro Barrel weit unter dem Weltmarktpreis, der zwischen 70 bis 90 Dollar schwankt. Denn ohne Treibstoff kann keine der

vielen regionalen Milizen in Syrien und Irak Krieg führen.

Putin, Erdogan, USA und EU

Erdogan und Putin haben beide Grund, sich gegenseitig nicht in Beweisnot zu bringen. Das illegale Ölgeschäft wird hüben wie drüben sicher nicht über staatliche Kanäle abgewickelt. Aber dubiose Geschäftsleute können sich anscheinend bis dato darauf verlassen, von staatlichen Strukturen – türkischen, syrischen und irakischen – nicht allzu effizient verfolgt zu werden. Die Europäer und die USA schauen gerne weg. Die EU braucht Erdogan zur Bewältigung der Flüchtlingskrise, und die USA brauchen die sogenannten gemässigten Re-

bellen und Kurden in Syrien als Bodentruppen. Es ist ein Widerspruch in sich: Solange der Krieg andauert, wollen weder Brüssel noch Washington oder Moskau benötigte Alliierte mit offener Kritik verärgern.

Russland ist zudem mit dem Nutzen poröser Grenzen aus dem Ukraine-Konflikt vertraut und dürfte die türkischen Wege, Probleme damit zu umschiffen, kennen. Nach dem Abschuss des russischen Kampfflugges hat Aussenminister Lawrow trotz des «Kriegs der Worte» seinen türkischen Amtskollegen in Belgrad getroffen. Lawrow sagte danach fast milde: Kooperation gegen den IS sei wichtiger als herauszufinden, wer die Abnehmer des Öls des Kalifen seien.



Zerstörte irakische Raffinerie südlich von Mossul. Über 6000 alliierte Luftangriffe haben das Öl-Geschäft des IS aus über 150 Ölquellen bisher nicht zum Erliegen gebracht.

Morgen beginnt in Paris die zweite Woche der UNO-Klimakonferenz, die zu einer neuen globalen Klimakonvention führen soll. In der zweiten Konferenzwoche bleibt viel Arbeit für die Umweltminister. Es geht um Finanzierung und Kontrolle der Klimaziele.

Verhandlungen werden schneller und härter

CHRISTIAN MIHATSCHEK

PARIS. «Die Atmosphäre bei den Verhandlungen wird immer brutaler», sagte Kelly Dent von der Entwicklungsorganisation Oxfam über die UNO-Klimakonferenz in Paris. «Aber das ist gut so. Man sieht jetzt die politischen Bruchlinien.» Der härtere Ton hat denn auch bereits greifbare Fortschritte geliefert: Am Freitag wurden zwei neue Versionen des Verhandlungstextes veröffentlicht, eine mit 46 und eine mit 38 Seiten. Zu Beginn der Woche waren es noch 54 Seiten gewesen. Doch auch mit einem kürzeren Text bleibt viel Arbeit für die Umweltminister der 195 Mitglieder der UNO-Klimakonvention in der zweiten Konferenzwoche.

Brandmauer Gleichstellung

Es gibt aber noch immer eine «Brandmauer» zwischen den Ländern. In der UNO-Klimakonvention von 1992 wird nur zwischen Industrie- und Entwicklungsländern unterschieden. Erstere wurden zu Klimaschutz und Finanzhilfen verpflichtet, während den Entwicklungsländern keine Pflichten auferlegt wurden.

Dies wollen die Industriestaaten überwinden, nicht zuletzt weil der Klimawandel ohne die Entwicklungsländer nicht gestoppt werden kann.

Bislang sind nur die Industriestaaten dazu verpflichtet, Geld für den Klimaschutz aufzubringen. Diese haben vor sechs Jahren in Kopenhagen versprochen, 100 Milliarden Dollar ab dem Jahr 2020 zur Verfügung zu stellen. Doch alle sind sich einig, dass dies nicht reichen wird.

Mehr Geld, mehr Einzahler

Die Entwicklungsländer fordern daher neue Finanzziele für die Jahre 2025 und 2030. Dem wollen die Industrieländer jedoch nur zustimmen, wenn der Kreis der Geberländer ausgeweitet wird und auch wohlhabende Entwicklungsländer wie Saudi-Arabien etwas beitragen. Nur wenn es Klarheit in der Finanzfrage gibt, können Fortschritte beim eigentlichen Kernthema, der Reduktion der Emissionen, gemacht werden. Vor der Pariser Konferenz haben 185 Länder einen nationalen Klimaschutz-Plan eingereicht. Doch diese Pläne reichen nicht, um die Klimaerwärmung auf zwei oder gar

1,5 Grad zu begrenzen. Letzteres fordern über 100 Länder. Um beide Ziele erreichen zu können, müssen die Klimaschutz-Pläne der Länder regelmässig verschärft werden. Eine Gruppe von 43 besonders verletzlichen Entwicklungsländern fordert, dass sich die Staaten zu 100 Prozent erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050 verpflichten. Dies versuchen die

ölexportierenden Staaten und Indien zu verhindern. Indien besteht auch darauf, mit Kohlestrom die Armutsbekämpfung voranzutreiben.

Umsetzung überprüfen

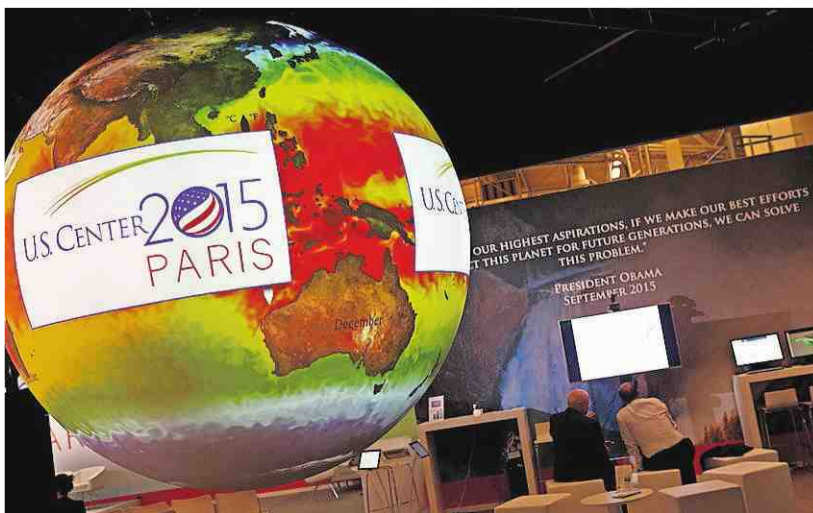
Doch Klimaziele müssen auch überprüft werden. Wie beim Klimaschutz und Klimafonds gibt es auch hier derzeit unterschiedliche Systeme

für die Industrie- und Entwicklungsländer. Die Industriestaaten wollen zukünftig ein einheitliches Kontrollsystem für alle, während Länder wie Saudi-Arabien und Indien argumentieren, ihre «freiwilligen» Massnahmen dürften nicht so streng geprüft werden wie jene der Industrieländer.

USA befürchten Prozesslawine

Was nichts mit der Unterscheidung zwischen den Ländern zu tun hat, ist das Thema «Verluste und Schäden». Es gibt unabwendbare Verluste etwa durch das Abschmelzen von Gletschern oder einen nicht beherrschbaren Anstieg des Meeresspiegels. Insbesondere die kleinen Inselstaaten wollen eine Institution schaffen, die sich permanent darum kümmert.

Dies wollen die USA verhindern. Das US-Rechtssystem ist durch weitgehende Haftungsregeln und horrenden Schadensersatz-Forderungen geprägt. Daher befürchten die USA gigantischen Klagen. «Es ist aber keine Option, das Thema ganz aus dem Paris-Abkommen rauszuhalten», sagt Sven Harmeling von der Entwicklungsorganisation Care.



Blick in den amerikanischen Pavillon an der UNO-Klimakonferenz in Paris.